Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 72 (1980)

Heft: 12

Artikel: Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung nach dem 1. Weltkrieg

Autor: Degen, Bernhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355018

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung nach dem 1. Weltkrieg

Bernhard Degen

Wie in ganz Europa nahm die Arbeiterbewegung auch in der Schweiz seit 1917 einen mächtigen Aufschwung. Der Gewerkschaftsbund hatte – nach einem harten Rückschlag während der ersten Kriegsjahre – Ende 1916 wieder beinahe dieselbe Grösse wie 1913 erreicht. Bis zur Wirtschaftskrise im Jahre 1920 wuchs er gewaltig, verlor dann fast ein Drittel der Mitglieder und stabilisierte sich schliesslich auf dem Niveau von Ende 1917. Die folgende Tabelle zeigt die Mitgliederentwicklung des Gewerkschaftsbundes sowie der grössten Verbände und Gewerkschaftskartelle (1):

	1916	1918	1920	1922	1924
SGB	88 628	177 143	223 572	154 692	151 502
SMUV	35 730	74 366	82 699	42 745	43 331
BHVS	8 376	21 085	23 399	15 232	17 560
SEV	–	–	38 609	37 888	35 937
STAV	3 842	15 221	22 107	12 190	8 128
VHTL	7 622	13 193	19 492	13 800	11 217
Zürich	12 047	22 892	25 345	17 252	17 834
Basel	–	14 172	19 726	13 979	14 263
Bern	7 238	12 625	16 630	13 893	14 662

Der Organisationsgrad betrug in der Metall- und Maschinenindustrie Ende 1917 etwa 60%, im Baugewerbe 5%, im Holzgewerbe 25%, bei Post und Eisenbahn 49%, in der Textilindustrie 10% und in Handels-, Transport- und Lebensmittelbetrieben 7% (2).

Die Zusammensetzung der Gewerkschaften änderte sich während des Krieges stark. Die Industriearbeiter erlangten auf Kosten der qualifizierten Handwerker immer grössere Bedeutung. Sie brachten andere Vorstellungen von Organisation und Kampfführung mit. Bezugspunkt war nicht mehr der Beruf, sondern der Industriezweig oder die gesamte Arbeiterschaft ihrer Region, ja des ganzen Landes. Der Basler Arbeiterführer Friedrich Schneider charakterisierte die Entwicklung wie folgt (3): «Die Klassenbewegung trat immer stärker in den Vordergrund, ohne eine entsprechende organisatorische Grundlage zu besitzen. Die Gewerkschaften, vor dem Krieg mehr nach Berufen gegliedert und in den Traditionen der Berufsorganisation grösser geworden, waren nicht in der Lage, dem immer mehr herausgearbeiteten Klassencharakter der Bewegung gerecht zu werden... Der Klassenbewegung fehlten die Klassenorgane. Wenn auch die Leitung des Gewerkschaftsbundes immer wieder betonte, dass dieser als Allorganisation der proletarischen Klasse betrachtet werden müsse, so zeigt doch die Wirklichkeit ein etwas anderes Bild.» Der Strukturwandel der organisierten Arbeiterschaft verur-

sachte schwere Konflikte in Partei und Gewerkschaften. Diese Auseinandersetzungen werden in der vorliegenden Arbeit auf dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung kurz skizziert.

1. Der Landesstreik

Die Lage der Arbeiter und Angestellten hatte sich gegen Kriegsende gewaltig verschlechtert. Die Gewerkschaftsbewegung stand dem Verelendungsprozess weitgehend hilflos gegenüber. Trotz der gegen 1917 einbrechenden Konjunktur erlebten die Arbeitskämpfe einen ungeahnten Aufschwung, wie ein Blick auf die Streikstatistik zeigt (4):

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Streiks und Aussperrungen . .	31	12	35	140	268	237	184
Beteiligte Arbeiter . . .	3 138	1 547	3 330	13 459	24 382	22 137	20 803

Etwa gleichzeitig ist eine Verbreiterung der Abwehrfront und eine Radikalisierung der Kampfformen festzustellen.
Im letzten Kriegsjahr stieg die Spannung weiter. Immer lauter wurde der Ruf nach Ausdehnung der begrenzten Konflikte zu einem Generalstreik. Die Arbeiterschaft der Industriezentren drohte die zaudernden Führer stehen zu lassen, und die leitenden Organe von Partei und Gewerkschaften verloren ihren Einfluss auf die Massen. Im Februar 1918 gelang es dem Zentristen Robert Grimm die wichtigsten Gewerkschaftssekretäre, einige Vertreter der Partei sowie lokale Arbeiterfunktionäre im «Oltener Aktionskomitee» zusammenzufassen. In dieser neuen Instanz besassen das Zentrum und die Linke – die in den traditionellen Führungsgremien nahezu bedeutungslos waren – anfangs die Mehrheit. Im Laufe des Jahres gewann allerdings die Rechte die Mehrheit zurück.
Trotzdem konnte das Oltener Aktionskomitee nicht einfach die Politik von Partei- und Gewerkschaftsleitung fortsetzen. Da es nicht über einen ausgebauten Apparat verfügte, war es der Stimmung der Massen viel stärker ausgesetzt. Sein Doppelcharakter machte es für alle Richtungen unentbehrlich: Einerseits diente es der Rechten dazu, den Einfluss in den Städten nicht ganz zu verlieren. Andererseits agitierte es bei den rückständigeren Arbeitern für den Landesstreik und traf einige organisatorische Vorbereitungen. Es verkörperte die Hoffnungen unzähliger Lohnabhängiger, die glaubten, endlich eine entschlossene Führung zu haben. Trotz seiner Widersprüche stand es bald im Zentrum der schweizerischen Arbeiterbewegung. Diese Stellung errang es allerdings weniger durch eigene Aktivitäten als durch den starken Druck der Basis.
Im Laufe des Jahres vergrösserte sich die Not, und die Repression nahm zu. Anfangs November besetzte die Armee Zürich unter dem Vorwand, einem Putsch zuvorzukommen. Die Arbeiter waren dermassen empört,

dass die Mehrheit des Oltener Aktionskomitee glaubte, nur durch den Aufruf zu einem 24stündigen Proteststreik die Bewegung einigermassen unter Kontrolle halten zu können. Die Zürcher Arbeiterschaft war aber nicht bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor die Versammlungsfreiheit garantiert war. Das Aktionskomitee beugte sich diesem Entscheid und proklamierte den unbefristeten Generalstreik.
Gesamtschweizerisch dauerte der Streik drei Tage – vom 12. bis 14. November 1918 –, in einigen Städten etwas länger. Von den neun Forderungen fand einzig die 48-Stunden-Woche in der Gewerkschaftsbewegung breite Unterstützung. In Industriezentren war die Beteiligung gut, in ländlichen Gebieten und vor allem in der Westscheiz arbeiteten jedoch viele weiter. Insgesamt beteiligten sich etwa 250 000 Arbeiter am Ausstand. Am 13. November richtete die Regierung ein Ultimatum an das Oltener Aktionskomitee, worauf dieses zum Abbruch der Bewegung aufrief. Für den Entschluss waren das Abbröckeln des Streiks und die Angst vor einer bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung massgebend. Vielerorts war die Arbeiterschaft über die Kapitulation enttäuscht und verlor das Vertrauen in die Kampfleitung.

2. Gute Konjunktur und Entspannung

Der im Frühling 1919 einsetzende Konjunkturaufschwung erleichterte es den Unternehmern, dringende Forderungen der Arbeiterschaft teilweise zu erfüllen. Die seit Jahrzehnten verlangte 48-Stunden-Woche konnte in einigen Industrien endlich erreicht werden. Einzelne Betriebe führten sie unter dem Eindruck des Landesstreiks bereits anfangs 1919 ein, andere stimmten später vertraglichen Lösungen zu. Die erste Übereinkunft zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband konnte in der Metall- und Maschinenindustrie getroffen werden und sah auf den 5. Mai 1919 die 50-Stunden-Woche und auf den 1. Oktober des gleichen Jahres die 48-Stunden-Woche vor.
Mitte April 1919 befasste sich ein Gewerkschaftskongress mit der Arbeitszeitverkürzung. Die von der Linken vorgeschlagene einheitliche Kampagne, die vor allem schwächeren Arbeiterkategorien helfen sollte, kam nicht zustande. Immerhin forderten die Delegierten in einer Resolution, dass die in verschiedenen Industriezweigen bereits eingeleiteten Verhandlungen zur 48-Stunden-Woche bis zum 1. Mai abgeschlossen werden sollten. Andernfalls seien die Gewerkschaften bereit, alle Massnahmen bis zum Massenstreik zu treffen. Die Drohung war aber nicht allzu ernst zu nehmen, weil weder politische noch organisatorische Vorbereitungen getroffen wurden.
Nachdem ein gemeinsames Vorgehen gescheitert war, versuchten die Verbände vereinzelt die Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Die Holzarbeiter erreichten das Ziel mit einem kurzen Streik noch vor den Metallarbeitern, da ihr Vertrag einen rascheren Abbau vorsah. Schwächere Gewerkschaften blieben erfolglos.

Ein wichtiger Durchbruch wurde Ende Juni 1919 auf gesetzlicher Ebene erzielt. Das Parlament stimmte trotz schwachem gewerkschaftlichem Druck einer Gesetzesnovelle zu, die allen Fabrikarbeitern auf den 1. Januar 1920 die langersehnte Arbeitszeitverkürzung bringen sollte. Damit waren die Betroffenen besser geschützt, denn eine Gesetzesrevision musste zuerst die Referendumshürde nehmen. Praktisch änderte sich vorerst wenig, weil nur 330 000 von insgesamt 1,4 Millionen Unselbständigen dem Fabrikgesetz unterstellt waren und in mehreren Industriezweigen bereits vertragliche Vereinbarungen bestanden. Die Regierung machte zudem ausgiebig von ihrem Recht, Ausnahmen zu bewilligen, Gebrauch.

Die 48-Stunden-Woche fiel der schweizerischen Arbeiterschaft nicht in den Schoss. Eine grosse Kampfbereitschaft bildete den Hintergrund aller Verhandlungen. Angesichts der guten Konjunktur versuchten die Unternehmer, harte Auseinandersetzungen zu vermeiden. Dennoch waren 1919 über 22 000 Arbeiter an 237 Streiks und Aussperrungen beteiligt, fast so viele wie im bisherigen Rekordjahr 1918. Die durchschnittliche Streikdauer hatte sich für die Beteiligten sogar um 3,5 auf über 15 Tage erhöht (5).

In den Grossstädten war die Lage besonders gespannt. Die Arbeiterunion Genf hatte Mitte Juni 1919 zu einem lokalen Generalstreik aufgerufen. In Zürich forderte eine Demonstration zur Befreiung des bekannten Gewerkschaftsführers Konrad Wyss drei Todesopfer. In Basel nahmen 10 000 bis 20 000 Menschen an Kundgebungen teil. Schliesslich weitete sich der Basler Färberstreik am 31. Juli 1919 zu einem lokalen Generalstreik aus, der einen Tag später nach Zürich übergriff. Die Kampfmoral war aber schlecht, und die polizeiliche und militärische Repression tat das Ihre. Versammlungen wurden verboten, Arbeiterführer verhaftet, und fünf Menschen fanden in Basel unter den Kugeln der Armee den Tod. Der Streik musste in beiden Städten ergebnislos abgebrochen werden. Die Organisationsdebatte wurde auch nach dem Landesstreik fortgesetzt. Die Gewerkschaftsleitung hatte das Vertrauen der städtischen Arbeiter noch nicht zurückgewonnen. Auf dem zweiten Arbeiterkongress vom Dezember 1918 wurde gegen ihren Willen ein neues Aktionskomitee gewählt. Die Verbände konnten dies allerdings so weit zurückdrängen, dass es bald in Vergessenheit geriet. Der Auguststreik leitete eine nächste Etappe in der Formierung der Opposition ein. Die Arbeiterunionen Basel und Zürich versuchten, über die Organe des Gewerkschaftsbundes hinweg, die Bewegung zu verbreiten, indem sie auf eigene Faust nationale Konferenzen der Unionen einberiefen. Der Verlauf des Streikes zeigte aber, dass an einen erfolgversprechenden Kampf ohne die Verbände nicht zu denken war. Diese wandten sich fast geschlossen gegen die Einschränkung ihrer Kompetenzen. Das Modell einer Föderation der Unionen trat bald in den Hintergrund, weil es unweigerlich zu einem Bruch mit dem Gewerkschaftsbund geführt hätte.

Mitte Oktober 1920 erreichte die Organisationsdebatte auf dem Neuen-

burger Gewerkschaftskongress einen Höhepunkt. Schon vor dem Kongress zeigten sich drei verschiedene Richtungen. Die gemässigten Verbände – Metall- und Uhrenarbeiter, Eisenbahner und Typographen – verlangten, dass alles beim alten bleibe. Die Arbeiterunionen Basel und Zürich setzten sich für eine Einheitsorganisation auf der Grundlage der lokalen Partei- und Gewerkschaftssektionen ein. Oppositionelle Verbände forderten eine organische Eingliederung der grössten Unionen in den Gewerkschaftsbund, eine demokratische Zusammensetzung der zentralen Organe und eine Einschränkung der Verbandsautonomie. In der Schlussabstimmung erreichte die vereinigte Opposition rund 40% der Stimmen für das Projekt einer Einheitsorganisation. Sie konnte jedoch ihre Stellung gegenüber der Gewerkschaftsleitung kaum stärken, weil sie zu uneinheitlich war.

3. Krise und Reaktion

Obwohl in der Schweiz die entscheidende Konjunkturwende in den Monaten Juli und August 1920 kam, war am Neuenburger Kongress von der beginnenden Wirtschaftskrise kaum die Rede. Diese traf zuerst die Exportindustrie, vorab Uhren- und Stickereibetriebe. Sie konnten ihre Produktion nicht mehr in gewohntem Umfang absetzen, weil die Abnehmerländer durch den Krieg verarmt waren. Die niedrigeren Löhne erlaubten der ausländischen Konkurrenz günstiger zu produzieren und schränkten zudem den Konsum ein. Die Märkte waren durch hohe Zollmauern versperrt.

Der Produktionsrückgang hatte in der Schweiz eine schwere Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Zahl der gänzlich Arbeitslosen erhöhte sich von 3000 im Juni 1920 auf fast 100 000 im Februar 1922. Im Juni 1920 traf die Teilarbeitslosigkeit 756 Personen – alle in Uhrenindustrie und Bijouterie beschäftigt –, auf dem Höhepunkt, im April 1921, insgesamt 95 000. Sowohl Voll- als auch Teilarbeitslosigkeit stiegen rasch an. Während letztere schnell wieder abnahm, dauerte der Rückgang der Vollarbeitslosigkeit länger. Die zeitliche Verschiebung der beiden Spitzen um 10 Monate deutete an, dass zuerst versucht wurde, die Krise mit Kurzarbeit zu überbrücken, und erst nach einer gewissen Zeit Stellen abgebaut wurden (6). Den Hauptharst der Teilarbeitslosen stellten im April 1921 mit 38 400 Betroffenen die Textilarbeiter. In der Metall- und Maschinenindustrie wurden zur gleichen Zeit 16 400, in der Uhrenindustrie und Bijouterie 19 000 Kurzarbeiter gezählt. Die Vollarbeitslosigkeit traf dieselben Zweige am härtesten. Im Winter 1921/22 wurde die Lage zusätzlich durch die Baukrise verschärft, die über 18 000 Bauarbeiter ihren Arbeitsplatz kostete. Geographisch lagen die Schwerpunkte in den Uhrenregionen des Jura und in den ostschweizerischen Textilgebieten (7).

Die Unternehmer waren bestrebt, die Krisenlast auf die Arbeiter abzuwäl-

zen. Der Lohnabbau war am einfachsten durchzuführen, weil keine gesetzlichen und wenig vertragliche Schranken bestanden. Entscheidend war der Beschluss der Metall- und Maschinenindustriellen, auf den 1. Mai 1921 die Löhne um 10% zu kürzen, nachdem bereits Ende 1920 erste Lohnsenkungen erfolgt waren. Andere Industrien gingen ähnlich vor. Da die Preise stärker fielen, musste die Arbeiterschaft erst 1923 Reallohnverluste hinnehmen. Die Angriffe auf die 48-Stunden-Woche mehrten sich ebenfalls. Der Versuch, die gesetzlich geregelte Arbeitszeitbeschränkung wieder aufzuheben, scheiterte allerdings am Widerstand der Stimmbürger. In der Praxis wurde das Fabrikgesetz jedoch durch Ausnahmebewilligungen stark eingeschränkt.
Die Gewerkschaften standen dieser Entwicklung weitgehend hilflos gegenüber. Auf die augenfällige Ohnmacht reagierten viele Arbeiter mit Resignation oder gar mit dem Austritt. Am härtesten getroffen wurde der Metall- und Uhrenarbeiterverband, der fast die Hälfte seiner Mitglieder verlor. Nachdem es nicht gelungen war, dem Lohnabbau auch nur den geringsten Widerstand entgegenzusetzen, verschärften sich die inneren Auseinandersetzungen, die schon lange schwelten. Bereits vor dem Landesstreik hatten sich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem radikalen – vor allem von den städtischen Industriearbeitern getragenen – und dem gemässigten Flügel gezeigt. Während der guten Konjunktur hatten sich die Wellen etwas gelegt. Der Kriseneinbruch und die Parteispaltung im Dezember 1920 entzweiten den Verband endgültig (8).
Die Rechte kontrollierte den zentralen Apparat und konnte bei Abstimmungen auf eine sichere Mehrheit zählen. Die Linke stellte in den Sektionen Genf und Zürich den Vorstand und in einigen anderen eine starke Minderheit. Sie versuchte ihren Einfluss durch die Bildung von Fraktionen auszudehnen, was ihr den Vorwurf eintrug, sie gefährde die Einheit des Verbandes. Das Klima verschlechterte sich ständig. Auf dem Verbandstag im Dezember 1921 holte die Mehrheit zum entscheidenden Schlag aus. Mit 165 zu 36 Stimmen wurden sechs Oppositionsführer ausgeschlossen, darunter die Sekretäre der Sektionen Winterthur, Genf und Zürich. Nachdem sich die Mitgliederversammlungen mit ihren Sekretären solidarisiert hatten, löste der Zentralvorstand die Sektionen Genf und Zürich auf. Die Linke war zu schwach, um diesen Massnahmen wirkungsvoll entgegentreten zu können. In Genf organisierte sich ein Teil der Metallarbeiter beim Bau- und Holzarbeiterverband, in Zürich versuchten die Ausgeschlossenen eine eigene Organisation zu gründen, die sich 1924 wieder dem Metall- und Uhrenarbeiterverband anschloss. Der angerichtete Schaden ist schwer abzuschätzen. Eine offene Diskussion war nicht mehr möglich. Der gewaltige Mitgliederrückgang dürfte zum Teil auf den Konflikt zurückzuführen sein. Die Unternehmer sahen ihre Abbaumassnahmen nicht durch eine starke Gewerkschaft gefährdet. Auf der Ebene des Gewerkschaftsbundes verstärkten sich die Spannungen ebenfalls. Die radikaleren Verbände bildeten im Frühling 1921 einen

Initiativausschuss zur Einberufung eines ausserordentlichen Kongresses. Ihr Ziel war es, die Einheitsfront zur Abwehr der Krisenfolgen zu propagieren. Obwohl die KP den Ausschuss kaum beeinflussen konnte, sprach die Gewerkschaftsleitung sofort von einem kommunistischen Spaltungsversuch. Sie unternahm alles, um den ausserordentlichen Kongress, zu dessen Einberufung die statutarischen Bedingungen erfüllt waren, zu verhindern.
Gegen Herbst begann der Initiativausschuss auseinanderzufallen. Statt einer Neuorientierung forderte er nurmehr eine Statutenrevision zur Zentralisierung und Demokratisierung des Gewerkschaftsbundes. Gleichzeitig verstärkte die Rechte ihre Stellung durch Vorstösse auf parlamentarischer Ebene. Unter den Arbeitern nahm die Resignation zu. Der oben erwähnte Verbandstag der Metallarbeiter vesetzte dem geplanten Kongress den Todesstoss. Er drohte mit dem Austritt aus dem Gewerkschaftsbund, falls die Verbandsautonomie durch eine Statutenrevision eingeschränkt würde. Weiter wählte er die Kongressdelegierten nach einer rechten Einheitsliste. Die Initianten verloren jedes Interesse an der Tagung, denn ihre Niederlage stand schon im vornherein fest. Auf dem nächsten Gewerkschaftskongress bekämpften sich die ehemaligen Verbündeten zur Freude der Gewerkschaftsleitung heftig.

Zusammenfassung

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges hatte sich die Lage der Arbeiter und Angestellten gewaltig verschlechtert. Zugleich nahm ihre Kampfbereitschaft zu. Die traditionelle Führungsschicht der schweizerischen Arbeiterbewegung war den neuen Bedingungen nicht gewachsen und verlor ihren Einfluss. Um nicht endgültig ins Abseits zu geraten, musste sie die Forderungen der radikalisierten Arbeiterschaft in den Industriezentren viel stärker berücksichtigen. Nach dem Landesstreik versuchten die Arbeiterorganisationen der Städte ihre neue gewonnene Bedeutung institutionell zu festigen und gerieten dabei in Widerspruch mit der Gewerkschaftsleitung. Während der guten Konjunktur wurden Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt. Obwohl sich die Verbände in diesen Kämpfen zurückhielten, gelang es der Gewerkschaftsopposition nicht mehr, dieselbe Bedeutung wie im Landesstreik zu erreichen. Trotz einiger guter Resultate auf Kongressen konnte sie die etablierten Funktionäre nie ernsthaft gefährden. In der Krise waren die Gewerkschaften zu schwach, um Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen zu verhindern. Die inneren Auseinandersetzungen erreichten einen weiteren Höhepunkt und endeten mit einem durchschlagenden Erfolg der gemässigten Gewerkschaftsleitung. Die Opposition zersplitterte sich nach ihren Misserfolgen, und ein Teil wurde aus der Bewegung ausgeschlossen. Es war ihr seit dem Landesstreik nicht mehr gelungen, die Masse der Gewerkschafter für ihre Strategie zu gewinnen.

Anmerkungen

(1) Die Gewerkschaftsverbände in der Scheiz. Beilage zur Gewerkschaftlichen Rundschau, 1917-1924; SGB = Schweizerischer Gewerkschaftsbund, SMUV = Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband, BHVS = Bau- und Holzarbeiterverband der Schweiz, SEV = Schweizerischer Eisenbahnerverband, STAV = Schweizerischer Textilarbeiter-Verband, VHTL = Verband der Handels- Transport- und Lebensmittelarbeiter.
(2) Die Gewerkschaftsverbände in der Schweiz im Jahre 1918. Beilage zur Gewerkschaftlichen Rundschau 1919. Es handelt sich um grobe Schätzungen.
(3) Schneider, Friedrich: Hieronymus Roggenbachs Erlebnisse, 2. Buch, Basel 1959, S. 326.
(4) Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart. Zürich 1980, S. 495.
(5) Stucki, Walter: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund in der Kriegszeit (1914–1920), Bern 1928, S. 52 f.
(6) Ergebnisse der schweizerischen Sozialstatistik, abgeschlossen auf Ende 1931. Herausgegeben vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bern 1932, S. 140 ff.
(7) Ebenda
(8) Degen, Bernard: Richtungskämpfe im Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Zur Organisationsdebatte zwischen Landesstreik und Lausanner Kongress (1918–1924), Zürich 1980, S. 41 ff.